

# STADT HAMELN

Abteilung/Aktenzeichen	Datum	Vorlagen-Nr.:
	<b>26.07.2012</b>	<b>186/2012</b> <b>Vers.-Nr.</b> <b>186/2012</b>

## Antrag

Überschrift der Vorlage:	ö	nö	öbF
<b>Änderungsantrag zu Vorlagen-Nr. 112/2012 Entwicklungsplanungen - Fortschreibungen 2012 - Antrag der Fraktion Piraten/DIE LINKE vom 18.07.2012 -</b>	<b>X</b>		

Beteiligungen:

Abklärung DB am
-----------------

## STADT HAMELN

Abteilung/Aktenzeichen	Datum	Vorlagen-Nr.:
	<b>26.07.2012</b>	<b>186/2012</b> <b>Vers.-Nr.</b> <b>186/2012</b>

### Fraktions-/Gruppenantrag

Überschrift der Vorlage:	ö	nö	öbF
<b>Änderungsantrag zu Vorlagen-Nr. 112/2012 Entwicklungsplanungen - Fortschreibungen 2012 - Antrag der Fraktion Piraten/DIE LINKE vom 18.07.2012 -</b>	<b>X</b>		

### Beratungsfolge:

Abstimmungsergebnisse:				
Gremium:	Sitzungsdatum	Ja	Nein	Enth.
Ausschuss für Kindertagesstätten, Schulen und Sport	15.11.2012	0	0	0
Verwaltungsausschuss	05.12.2012	0	0	0
Rat	19.12.2012	0	0	0

### **Beschlußvorschlag:**

Wir beantragen, die Vorlage in den Ziffern zu a) und zu b) jeweils zu ergänzen:

Zu a) Die Verwaltung wird aufgefordert, unter Einbeziehung des Ausschusses für Kitas, Schulen und Sport einen Workshop mit Eltern und den Trägern der Einrichtungen durchzuführen, der zum Ziel hat, den aktuellen und zukünftigen Bedarf an Plätzen in der Kinderbetreuung besser zu erfassen. Ein besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, in welchem Maß mehr Ganztagsbetreuungsplätze zu schaffen sind. Diese Erfahrungen sollen in eine zentralen Anmeldestelle für Krippen- und Kita-Plätze münden.

Für das Kindergartenjahr 2013 ist sicherzustellen, dass die Zahl der Betreuungsplätze an Ganztagsgrundschulen und in der Nachmittagsbetreuung für Schulkinder vergrößert wird und sichergestellt ist, dass kein Kind, das im Kita-Bereich ganztags betreut werden konnte, ab der Einschulung ohne Nachmittagsbetreuung dasteht.

Zu b) Die Verwaltung wird aufgefordert, die am Ende im Schulentwicklungsplan aufgeführten Themenfelder konzeptionell aufzubereiten und unter Beteiligung der betroffenen Ortsräte unverzüglich insbesondere zu etwaigen Schulschließungen Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Anzustreben ist, gegebenenfalls erforderliche Anpassungen zur Änderung von Schulbezirken und zur Zusammenfassung von Grundschulstandorten mit dem kommenden Haushaltsplan beraten zu können.

**Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

